



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 174-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.292

Eingereicht am: 05.09.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Patzen (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
Ruch (Bern, Grüne)
Sancar (Bern, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 08.09.2022

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Was plant der Regierungsrat zur Linderung der Energiearmut?

Die steigenden Energiepreise führen für viele Haushalte zu explodierenden Heiz- und Nebenkostenrechnungen. Dies kommt zusammen mit voraussichtlich stark steigenden Krankenkassenprämien 2023 und der allgemeinen Teuerung der Konsumentenpreise. Für einkommensschwache Haushalte, die mit dem Existenzminimum auskommen müssen, sind diese zusätzlichen Belastungen nicht tragbar. Gemäss einer Studie von Caritas von 2020 waren bereits vor der Corona-Krise 15 Prozent der Bevölkerung im Kanton Bern armutsgefährdet. Der Kanton Bern muss deshalb aktiv werden, um betroffene Haushalte in der jetzigen Situation zu unterstützen. Auf dem Tisch liegt der Vorschlag, die Prämienverbilligungen zu erhöhen, um armutsbetroffene oder -gefährdete Haushalte in dieser Situation gezielt zu entlasten.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen der aktuell hohen Energiepreise, des Prämienschocks und der Teuerung auf die Quote von armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen in der Berner Bevölkerung ein?
2. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass eine Erhöhung der Prämienverbilligungen in dieser Situation das zielführendste Instrument ist, um die Menschen, die von den hohen Energiepreisen besonders hart getroffen werden, zu entlasten?
3. Sieht der Regierungsrat andere Massnahmen vor, um armutsgefährdete Haushalte angesichts der stark steigenden Energiepreise und der steigenden Krankenkassenprämien zu entlasten?

Begründung der Dringlichkeit: Die Gas- und Ölpreise explodieren. Für viele Haushalte sind diese Kostenerhöhungen nicht verkraftbar. Es muss geklärt werden, wie der Regierungsrat dieser Situation begegnen will.

Verteiler

- Grosser Rat